

Punkt 6 der öffentlichen Sitzung am 24.04.2007

Vorlage Nr. 07-F-25-0037

Schutz Jugendlicher vor Alkoholmissbrauch

- Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 18.4.2007 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Die Zahl der Jugendlichen, die regelmäßig Bier, Wein oder Spirituosen trinken hat auf Grund von Präventionsmaßnahmen abgenommen. Auch der Konsum alkoholischer Mixgetränke („Alkopops“) sei gesunken, berichtet die Suchtbeauftragte der Bundesregierung.

Doch immer mehr Jugendliche trinken exzessiv Alkohol („binge drinking“). Die Zahl der Jugendlichen, die mit einer Alkoholvergiftung ins Krankenhaus kamen, hat sich zwischen 2000 und 2005 verdoppelt, so die Berliner Fachstelle Suchtprävention. Das Jugendschutzgesetz sieht vor, dass kein Branntwein an unter 18-Jährige und keine anderen alkoholischen Getränke an unter 16-jährige abgegeben werden darf. Trotzdem mehren sich die Nachrichten über „Koma-Saufen“ und „Flatrate-Partys“ bei Jugendlichen.

Der Magistrat wird daher gebeten, zu berichten, ob bekannt ist, dass in Wiesbadener Gaststätten Trinkpartys mit Pauschalpreis („Flatrate-Partys“) veranstaltet werden.

Falls ja, zu prüfen, welche rechtlichen Möglichkeiten die Stadt Wiesbaden hat auf die Gaststätten dahingehend einzuwirken, dass zukünftig keine Trinkpartys mit Pauschalpreis angeboten werden, bzw. dass das Jugendschutzgesetz eingehalten wird (Kontrollen durch Gaststättenbesitzer!).

zu berichten, welche Projekte und Aktionen im Bereich der Alkoholprävention im Jahr 2007 und folgende geplant sind (ähnlich der Plakatkampagne 2005).

Zu berichten, wie die Erfahrungen anlässlich der Aufklärungskampagne 2005 waren.

zu berichten, ob es Zahlen über die Einlieferung Jugendlicher mit Alkoholvergiftungen in Wiesbadener Krankenhäuser gibt und ob die Krankenhäuser in Kontakt zum Suchthilfezentrum (JJ) stehen.

zu berichten, ob die Möglichkeit einer Etablierung des Alkoholpräventionsprojekts HaLT (hart am Limit) für Kinder und Jugendliche, das speziell für die Gruppe der jugendlichen „Koma-Trinker“ entwickelt wurde, in Wiesbaden in Zusammenarbeit mit den Suchthilfeeinrichtungen besteht.

Beschluss Nr. 0018

Die Zahl der Jugendlichen, die regelmäßig Bier, Wein oder Spirituosen trinken hat auf Grund von Präventionsmaßnahmen abgenommen. Auch der Konsum alkoholischer Mixgetränke („Alkopops“) sei gesunken, berichtet die Suchtbeauftragte der Bundesregierung.

Doch immer mehr Jugendliche trinken exzessiv Alkohol („binge drinking“). Die Zahl der Jugendlichen, die mit einer Alkoholvergiftung ins Krankenhaus kamen, hat sich zwischen 2000 und 2005 verdoppelt, so die Berliner Fachstelle Suchtprävention. Das Jugendschutzgesetz sieht vor, dass kein Branntwein an unter 18-Jährige und keine anderen alkoholischen Getränke an unter 16-jährige abgegeben werden darf. Trotzdem mehren sich die Nachrichten über „Koma-Saufen“ und „Flatrate-Partys“ bei Jugendlichen.

Der Magistrat wird daher gebeten,

1. zu berichten, ob bekannt ist, dass in Wiesbadener Gaststätten Trinkpartys mit Pauschalpreis („Flatrate-Partys“) veranstaltet werden.
 - a. Falls ja, zu prüfen, welche rechtlichen Möglichkeiten die Stadt Wiesbaden hat auf die Gaststätten dahingehend einzuwirken, dass zukünftig keine Trinkpartys mit Pauschalpreis angeboten werden, bzw. dass das Jugendschutzgesetz eingehalten wird (Kontrollen durch Gaststättenbesitzer!).
2. zu berichten, welche Projekte und Aktionen im Bereich der Alkoholprävention im Jahr 2007 und folgende geplant sind (ähnlich der Plakatkampagne 2005).
 - a. Zu berichten, wie die Erfahrungen anlässlich der Aufklärungskampagne 2005 waren.
3. zu berichten, ob es Zahlen über die Einlieferung Jugendlicher mit Alkoholvergiftungen in Wiesbadener Krankenhäuser gibt und ob die Krankenhäuser in Kontakt zum Suchthilfezentrum (JJ) stehen.
4. zu berichten, ob die Möglichkeit einer Etablierung des Alkoholpräventionsprojekts HaLT (hart am Limit) für Kinder und Jugendliche, das speziell für die Gruppe der jugendlichen „Koma-Trinker“ entwickelt wurde, in Wiesbaden in Zusammenarbeit mit den Suchthilfeeinrichtungen besteht.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .05.2007

Abt
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .05.2007

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .05.2007

Dezernat VII
mit der Bitte um Kenntnisnahme
Dezernat V
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Diehl
Oberbürgermeister